

## **I1 Demokratie stärken und gegen Demokratiefeinde vorgehen**

Gremium: Landesvorstand, Katharina Schulze (KV München), Cemal Bozoglu (KV Augsburg-Stadt), Florian Siekmann (KV München), Marie-Christine Scholz (KV Regensburg-Stadt)

Beschlussdatum: 22.01.2024

Tagesordnungspunkt:

1 Unsere Demokratie steht von vielen Seiten unter Druck – aus dem Ausland und aus  
2 dem Inland. Die Bedrohung für unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung  
3 und den gesellschaftlichen Zusammenhalt wächst. Der Rechtsrutsch in unserem Land  
4 nimmt an Fahrt auf. Die Anzahl antisemitischer Vorfälle hat sich stark erhöht.  
5 Die neuesten Veröffentlichungen der Correctiv-Recherche "Geheimplan gegen  
6 Deutschland" vom 10. Januar 2024 zeigen die menschenverachtenden Pläne  
7 rechtsextremer Akteure auf. Bei einem Geheimgespräch in der Nähe von Potsdam  
8 haben AfD-Politiker\*innen, Aktivisten der ‚Identitären Bewegung‘, rechtsextreme  
9 Burschenschaftler, Mitglieder der ‚Werteunion‘, Verbandsfunktionäre und  
10 mittelständische Unternehmer über einen ‚Masterplan‘ beraten. Demnach wollen sie  
11 in einer großangelegten Deportation Millionen Menschen aus Deutschland  
12 vertreiben, die nicht ihrem völkischen, rassistischen Verständnis von deutscher  
13 Staatsbürgerschaft entsprechen. Das ist eine existentielle Bedrohung für  
14 Millionen von Menschen in Deutschland. Damit greift diese Gruppe  
15 Grundüberzeugungen unserer Verfassung auf radikale Weise an. Das erfordert unser  
16 sofortiges und entschiedenes Handeln.

17 Es braucht Bürger\*innen, die sich einmischen und engagieren. Die einstehen für  
18 unsere Grundwerte und für unsere Freiheit. Es braucht starke Institutionen und  
19 eine starke Zivilgesellschaft. Und es braucht Parteien, die sich über alle  
20 Parteigrenzen hinweg klar abgrenzen gegen Demokratiefeinde, Antisemiten und  
21 Rassisten. Parteien, die unsere Demokratie robust verteidigen. Parteien, die  
22 nicht die Feinde der Demokratie hofieren, indem sie ihre Scheinargumente  
23 übernehmen oder gar Kooperationen schmieden. Und es braucht Parteien, die immer  
24 wieder deutlich machen: Wir sind mehr. Wir GRÜNE begrüßen die vielen  
25 Demonstrationen für die Demokratie in ganz Deutschland in den vergangenen  
26 Wochen.

27 Als Demokrat\*innen müssen wir über alle Parteigrenzen hinweg zusammenhalten

28 gegen diese Feinde unserer Freiheit. Wir streben eine breite demokratische  
29 Koalition gegen die rechtsextremen Feinde unserer Demokratie an, sind  
30 gesprächsbereit für Ideen und bringen uns mit unseren Vorschlägen aktiv in die  
31 Debatte ein.

32 Als Bayerische GRÜNE setzen wir uns für einen 6-Punkte-Plan zur Stärkung der  
33 Demokratie in Bayern ein:

34 **1. Bayerische Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und**  
35 **Antisemitismus:** Diese Strategie fußt auf Prävention, Demokratieförderung,  
36 Deradikalisierung und effektiver Gefahrenabwehr. Wir nehmen auch die neuen  
37 Formen des Rechtsextremismus in den Blick und arbeiten grenzüberschreitend  
38 zusammen, um sie zu bekämpfen. Rechtsextremisten müssen konsequent  
39 entwaffnet und der Fahndungsdruck gegenüber untergetauchten Neonazis und  
40 Rechtsextremisten massiv erhöht werden. Bayern braucht eine konsequente  
41 Erfassung und Verfolgung von Gewalt und Hetze im Internet. Dafür richten  
42 wir eine flächendeckende virtuelle Polizeiwache ein, bei der alle Menschen  
43 online Strafanzeige gegen Hass im Netz stellen können.

44 **2. Gut ausgestattete und bürgernahe Sicherheitsbehörden:** Die Polizei muss mit  
45 den Mitteln ausgestattet sein, die sie braucht, um effektive und  
46 grundrechtssensible Gefahrenabwehr zu betreiben und Straftaten erfolgreich  
47 aufzuklären. Es braucht deshalb flächendeckend mehr Personal und moderne  
48 Technik. Bei Ausrüstung und Dienstgebäuden lösen wir den Investitionsstau  
49 auf. Wir intensivieren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit  
50 Sicherheitsbehörden im Ausland und in anderen Bundesländern, denn  
51 Kriminalität macht nicht an der Grenze halt. Wir benötigen auch mehr IT-  
52 Spezialist\*innen und schulen die Beamt\*innen flächendeckend in diesem  
53 Bereich, denn viele Taten werden online begangen und müssen dort auch  
54 verhindert oder aufgeklärt werden. Wir werden deshalb die personellen  
55 Kapazitäten und die fachlichen Kompetenzen der Sicherheitsbehörden  
56 deutlich verbessern, damit sie Hasskriminalität, Antisemitismus und  
57 rechtsextreme Aktivitäten im Netz besser analysieren und verfolgen können.

58 **3. Mehr Demokratie schon in Kindergarten und Schule:** Wir wollen die  
59 demokratischen Grundregeln bereits in der frühkindlichen Bildung in Bayern  
60 lehren, lernen und erlebbar machen. Denn Bildungseinrichtungen sind  
61 zentrale Erfahrungsorte der Demokratie. Kinder sollen in ihrem Alltag in  
62 einer Kultur der Mitbestimmung aufwachsen. Deshalb stärken wir auch die  
63 Jugendbeteiligung in allen Schulformen. Jugendliche können bei  
64 demokratischen Projekten mitstimmen und lernen so, demokratische  
65 Verantwortung zu übernehmen. Und sie erfahren, dass verschiedene Meinungen  
66 eine Bereicherung sind und dass in einer Gemeinschaft auch Minderheiten  
67 geachtet und eingebunden werden sollten. Wir wollen mehr Zeit für  
68 politische Bildung an allen Schulformen und in den unterschiedlichsten  
69

70 Fächern. Dafür wollen wir auch unsere bayerischen Lehrkräfte entsprechend  
71 fortbilden. Mit einem Landesprogramm für Demokratievermittlung machen wir  
72 allen Bildungseinrichtungen ein Angebot, wie sie altersgerechte Projekte  
73 niedrigschwellig umsetzen können. Das Ziel: In kleinen, aber wertvollen  
74 Schritten Demokratie greifbar machen und Medienkompetenz fördern. Wir  
75 wollen, dass Kinder früh lernen, Fakten von Meinungen zu unterscheiden,  
76 und dass sie die Fähigkeit entwickeln, mit demokratiegefährdenden  
Desinformationen souverän umzugehen.

77 **4. Engagierter Einsatz gegen Lügen und Verschwörungsmythen:** Gesellschaftliche  
78 Krisen und unsichere Zeiten erleichtern die Verbreitung von „Fake News“  
79 und Verschwörungsmythen. Durch Social Media verbreiten sie sich heutzutage  
80 viel schneller und sind in der Mitte der Gesellschaft anschlussfähiger  
81 geworden. Bayern braucht eine nachhaltige Strategie gegen die Verbreitung  
82 kruder und oft antisemitisch geprägter Verschwörungsideologien und gegen  
83 die Gefahr einer Querfront aus verschwörungsideologischen, rechts- und  
84 linksextremen Akteur\*innen. So legen wir die Vernetzungen der  
85 verschiedenen Akteure offen und stärken sachliche zivilgesellschaftliche  
86 Aufklärungsarbeit und Präventivangebote. Es ist notwendig, mehr  
87 wissenschaftliche Erkenntnisse über neue Formen von Online-Radikalisierung  
88 zu fördern und die Mitarbeitenden von Sicherheitsbehörden weiterzubilden  
89 über Inhalte, Codes und Wirkungsweisen von Verschwörungsideologien. Nicht  
90 zuletzt brauchen wir eine dauerhafte, infrastrukturelle Finanzierung für  
91 zivilgesellschaftliche Initiativen zur Stärkung der Demokratie und gegen  
92 Verschwörungsmythen.

93 **5. Vielfalt stärken:** Die Vielfalt der Menschen in unserem Land ist seit jeher  
94 eine Stärke Bayerns. Wir setzen uns aktiv dafür ein, Vielfalt in allen  
95 Bereichen zu fördern, so dass alle Menschen sicher und  
96 diskriminierungsfrei miteinander leben und arbeiten können: Menschen  
97 unterschiedlicher Herkunft oder Religionszugehörigkeit, verschiedenen  
98 Alters, verschiedener Hautfarben, mit unterschiedlicher sexueller  
99 Identität oder Orientierung sowie Menschen mit und ohne Behinderungen, mit  
100 sichtbaren oder unsichtbaren Einschränkungen. Mit uns gibt es ein Landes-  
101 Antidiskriminierungsgesetz, einen Landesaktionsplan gegen Diskriminierung  
102 und Rassismus und eine landesweite Bayerische Antidiskriminierungsstelle,  
103 wie sie in anderen Bundesländern schon lange die Regel ist.  
104 Zivilgesellschaftliche Beratungsangebote für Opfer rechtsextremer,  
105 rassistischer oder antisemitischer Gewalt müssen in ganz Bayern ausgebaut  
106 und besser ausgestattet werden. Außerdem legen wir ein bayerisches Förder-  
107 und Aktionsprogramm zur Stärkung der Zivilgesellschaft auf. Das Ehrenamt  
108 ist bei uns in Bayern eine tragende Säule des Miteinanders und ein  
109 gesellschaftlicher Kitt. Hier wollen wir mehr Wertschätzung und mehr  
110 Unterstützung liefern und ermöglichen, dass alle Menschen in Bayern sich  
111 bei ihrem ehrenamtlichen Engagement begegnen.

112 6. **Hass ist keine Alternative für Deutschland:** Die AfD ist eine in großen  
113 Teilen rechtsextreme Partei, die den Boden unseres Grundgesetzes verlassen  
114 hat. In den vergangenen fünf Jahren hat die AfD mit ihren Anträgen und  
115 hetzerischen Reden im Bayerischen Landtag sowie auch in den bayerischen  
116 Kommunalparlamenten keinen Zweifel daran gelassen, dass sie für unsere  
117 Demokratie und unsere Verfassung nur Verachtung übrig hat. Alle, denen  
118 unsere Freiheit und unsere Demokratie in Bayern am Herzen liegen, müssen  
119 sich deshalb dafür einsetzen, dass diese Partei bei uns keine Macht  
120 übernimmt – egal, ob in der Kommune, im Landkreis oder im Landtag. Deshalb  
121 befürworten die GRÜNEN weiter, dass rechtsextreme Strukturen in Bayern mit  
122 allen Mitteln des Rechtsstaats konsequent bekämpft und zerschlagen werden.  
123 Nach dem Vorbild von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt muss die AfD  
124 nun endlich auch in Bayern als eine gesichert rechtsextreme Organisation  
125 eingestuft und von den Sicherheitsbehörden entsprechend behandelt werden.  
126 Bei Einstellungen und Verbeamtungen im öffentlichen Dienst müssen  
127 Mitglieder und Funktionäre der AfD auf ihre Verfassungstreue überprüft  
128 werden. Alle Möglichkeiten müssen geprüft werden, wie in Bayern die  
129 öffentliche Finanzierung der AfD und parteinaher Stiftungen der AfD  
130 beschränkt werden kann. Wir halten auch eine Prüfung eines AfD-Verbots für  
131 sinnvoll und notwendig. Wir sprechen uns dafür aus, für einen  
132 Verbotsantrag die Erfolgsaussichten gründlich zu prüfen und einen breiten  
133 Konsens herzustellen. Wir sprechen uns für eine Sammlung stichhaltiger  
134 Belege für einen Verbotsantrag und für eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe der  
135 Innenministerkonferenz aus. Auch eine einheitliche Bewertung aller  
136 Verfassungsschutzämter ist wichtig. Das alleine reicht natürlich nicht.  
137 Demokratiebildung, klare Kante und gute Politik sind ebenfalls  
138 entscheidend.

## **Unterstützer\*innen**

Phoebe Wentz (KV Traunstein), Susanne Herrmann (KV München), Patrizia Eliani Siontas (KV Erlangen-Land), Serdar Akin (KV Augsburg-Stadt), Hannah Judith (KV Augsburg-Stadt), Inge Pütz-Nobis (KV Forchheim), Christian Köhler (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Aila Maria Cäcilia Banach (KV Bayreuth-Stadt), Peter Heilrath (KV München), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Gabriele Masch (KV München), Juni Schandl (BV Grüne Jugend), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Sarah Onken (KV Ebersberg), Frank Dürsch (KV München), Sven-Torsten Gigler (KV München), Nadine Reers-Kleinhenz (KV Nürnberg-Land)